

WOCHENRÜCKBLICK



Schluss mit der automatischen Diätenerhöhung

Laut der Unterrichtung der Präsidentin des Deutschen Bundestages Bärbel Bas (Drs. [20/11298](#)) steigen die Diäten der Bundestagsabgeordneten zum 1. Juli 2024 kräftig, nämlich um 635,50 Euro monatlich, an.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, kritisiert diesen Schritt deutlich:

"Die Abgeordneten eines gigantomanischen Bundestages mit aktuell 734 Abgeordneten gönnen sich eine weitere enorme Geldspritze. Die Erhöhung der Diäten um sechs Prozent bedeutet allein rund eine halbe Million Euro Mehrkosten im Monat, die ohne Debatte durchgewinkt werden sollen. Jeder Arbeitnehmer muss um seine Gehaltsanpassungen kämpfen, aber die Abgeordneten des Deutschen Bundestages genehmigen sich nunmehr im Stillen allein Brutto-Diäten von 11.227,20 Euro im Monat. Mit uns in Verantwortung wird dieses Gebaren ein Ende haben!"



Kohlemillionen müssen zur Wertschöpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region dienen

Als einzigem Thüringer Landkreis stehen dem Altenburger Land die sogenannten Kohlemillionen des Bundes zu. Bis zu 90 Millionen Euro können in Projekte in der Region fließen.

Stephan Brandner, direkt gewählter Abgeordneter im Wahlkreis 194, zu dem das Altenburger Land zählt, betont, dass die Gelder für wertschöpfende Projekte eingesetzt werden müssen und insbesondere dazu dienen sollten, die Attraktivität der Region zu erhöhen, aber auch Arbeitsplätze außerhalb des Niedriglohnssektors zu schaffen:

"Das Altenburger Land ist bestimmt durch ländlichen Raum. Seine hervorragende Lage sollte Anknüpfungspunkt für die so wichtige Ansiedlung von Unternehmen sein, die gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Keine überbezahlten Mieten und eine attraktive Landschaft sollten Anziehungspunkte für Fachkräfte sein, um die Region voran zu bringen. Wichtig ist es, dass die Millionen in Projekte fließen, die die Region wirklich voran bringen. Diese einmalige Chance darf nicht versickern!"

Aktuelle Videos



Lügen-Minister Heil?



Sie alle haben Verfassungsbrecher in Ihren Reihen!



Justiz-Filz und der Hass auf die AfD
5 Fragen - 5 Antworten



Kein Anstand Frau Hasselmann!



STEPHAN BRANDNER

2

Kundgebung Landratswahl Götz Frömming



Impressionen aus der Plenarwoche



**Abstimmung zum WHO-
Pandemievertrag**



**Unser Arbeitskreis
Recht in neuer
Besetzung**



**STEPHAN
BRANDNER**

4

Videodreh zur Kritik an der Diätenerhöhung



Plenarimpressionen



STEPHAN
BRANDNER

6

Wahlkampf in Rostock/Warnemünde



Familienfest in Weida



STEPHAN BRANDNER

Herzliche Einladung nach Berlin für Erstfahrer aus dem Betreuungsgebiet



STEPHAN
BRANDNER

Einladung ins politische Berlin

**15.-17.
Juli 2024**
mit dem Bus ab
Ostthüringen

Inbegriffen:

- ✓ Besuch Bundestag - Gespräch mit Stephan Brandner
- ✓ Übernachtung im DZ und mehrere Mahlzeiten
- ✓ Politische Stadtrundfahrt, Museen und vieles mehr

Seien Sie dabei!

Anmeldung und Informationen ausschließlich über Heiko Gluth: stephan.brandner.ma02@bundestag.de



STEPHAN
BRANDNER

Kommende Termine

Sprechstunde

Mai 24

Wahlkreisbüro Gera

Anmeldung unter stephan.brandner.ma04@bundestag.de

AfD

Die politische Wende in Thüringen

20.5.2024 ab 18:00 Uhr
Marktplatz Zeulenroda

Stephan Brandner
Landtagspräsident Thüringen

Prof. Dr. Michael Kaufmann
Landtagspräsident Thüringen

Karin Müller
Landtagspräsidentin Thüringen

Stephan Brandner
Landtagspräsident Thüringen

nächster Infostand mit Stephan Brandner

31. Mai, 14-16:00 Uhr
Lünen (Fußgängerzone)

AfD
Kreisverband Unna

WAHLKAMPF ABSCHLUSS

24. Mai 2024 | 18:00 Uhr - 20:00 Uhr
Eventfläche vor dem KuK, R.-Breitscheid-Str. Gera

Wieland Altenkirch
Kandidat als Oberbürgermeister der Stadt Gera

Roger Beckamp
Mitglied des deutschen Bundestages

Stephan Brandner
Stv. Bundessprecher, Direkt gewählter Abgeordneter im WK 194

René Aust
Kandidat für das Europäische Parlament (Listenplatz 3)

Stadtverband Gera

AfD GERA

www.afd-gera.de
info@afd-gera.de
[@afdgeira](https://www.facebook.com/afdgeira)

AfD EUROPA NEU DENKEN: Unser Land zuerst!

30. Mai um 18 Uhr Hofgarten, Düsseldorf

Dr. Martin Vincentz
Prof. Dr. Hans Neuhoff
Stephan Brandner
René Aust

INFOSTAND

Zu Gast: Stephan Brandner MdB

31. MAI | 10:00 UHR
HOCHSTRASSE 10
GLADBECKER INNENSTADT

AfD GLADBECK

INFOMOBILTUR
der Landesgruppe Thüringen

Am 20.06.24
auf den Marktplätzen in

Ronneburg 11:00 - 12:00 Uhr
Schmölln 12:30 - 13:30 Uhr
Altenburg 14:00 - 15:00 Uhr
Lucka 15:30 - 16:30 Uhr
Meuselwitz 17:00 - 18:00 Uhr

Mit:
Stephan Brandner MdB
Prof. Dr. Michael Kaufmann MdB

Kommen Sie vorbei!
Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Alternative Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

BÜRGERDIALOG
in Weida

11.07.24 | 18.30 Uhr
Bürgerhaus Weida
Neustädter Str. 2
07570 Weida

Mit:
Stephan Brandner MdB
Prof. Dr. Michael Kaufmann MdB
Martin Hess MdB

Kommen Sie vorbei!
Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Alternative Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

BÜRGERDIALOG
in Suderburg

14.06.24 | 18.00 Uhr
Veranstaltungsort wird nach der Anmeldung bekannt gegeben

Mit:
Frank Rinck MdB
Stephan Brandner MdB
Dirk Brandes MdB

Anmeldung unter:
frank.rinck.ma03@bundestag.de

Frank Rinck, Stephan Brandner, Dirk Brandes – Mitgliedern des Bundestages

Alternative Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



STEPHAN BRANDNER

10

Wieder da: Auf Vorbestellung - BRANDNERHONIG

Exklusiv in unseren Büros*:



Feinster
**BRANDNER
HONIG**

STEPHAN
BRANDNER

AfD

A central yellow graphic featuring the text 'Feinster BRANDNER HONIG' in a mix of script and bold sans-serif fonts. Below the text is a circular portrait of Stephan Brandner. The graphic is decorated with small cartoon bees and a beehive icon. A small 'AfD' logo and a name tag for 'STEPHAN BRANDNER' are also present.

AfD

Stephan Brandner

**nur so lange der Vorrat reicht*



**STEPHAN
BRANDNER**

Rückblick auf die Plenarwoche Mittwoch, 15. Mai

Befragung der Bundesregierung - Arbeitsminister Heil

Stephan Brandner stellte am Mittwoch bei der Befragung von Hubertus Heil fest:

„Herr Minister, Sie haben gerade in einem Nebensatz gesagt, die AfD lehne den Mindestlohn ab. Das ist völliger Quatsch, was Sie hier erzählt haben; das muss ich klarstellen. Wir haben heute im Ausschuss einen Antrag eingebracht: „Mindestlohnkommission stärken – Krisenfesten Mindestlohn gewährleisten“. Das hat Ihre Fraktion abgelehnt. Also wenn einer hier hintenrum gegen den Mindestlohn agitiert, dann sind Sie das und nicht unsere Fraktion. Was den Mindestlohn als solchen angeht, erinnert der mich allerdings immer ein bisschen an einen Vertrag zulasten Dritter: Sie zwingen den Arbeitgeber, mehr zu zahlen, wodurch natürlich auch mehr Sozialabgaben anfallen, die dann wiederum der Staat einsackt. Warum senken Sie nicht einfach die Sozialabgaben und Steuern? Dann bräuchten wir uns über eine Erhöhung des Mindestlohns nicht zu unterhalten.“

Aktuelle Stunde - Bundestag debattiert über das „Kernkraft-Aus“

Die Abgeordneten des Bundestages haben sich am Mittwoch mit der Kernenergie befasst. Das Parlament debattierte auf Verlangen der Fraktion der CDU/CSU in einer Aktuellen Stunde über das Thema „Kernkraft-Aus – Vorgänge um Bundesminister Habeck und Bundesministerin Lemke transparent aufklären“. Jens Spahn meinte: „Sie haben behauptet, die nukleare Sicherheit sei nicht gewährleistet. Heute wissen wir, dass alle Aussagen falsch waren“. Wirtschaftsminister Dr. Robert Habeck habe den Bürgern eine ergebnisoffene Prüfung eines möglichen Weiterbetriebs versprochen, doch die habe es nicht gegeben.

Karsten Hilse sagte in seiner Rede, es sei „getrickst, gelogen und betrogen“ worden von den „grünen Kommunisten“ im Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Doch diese Trickserie sei nicht von den Fachleuten begangen worden, sondern von den „Ideologen, die vom verblendeten Minister ins Amt gehievt wurden“, so Hilse. Die deutsche Wirtschaft werde von diesen „systematisch zerstört“, „aus Hass auf unser Land“, befand der Abgeordnete. Dem Minister sei es offensichtlich egal, wohin die deutschen Unternehmen vertrieben würden, wenn sie hierzulande keine Geschäftsgrundlage mehr hätten. Dies sei Sabotage und grenze an Verrat, so Hilse. An Wirtschaftsminister Habeck gewandt sagte er: „Machen Sie uns nicht glauben, dass Sie nichts wussten. Sie sollten zurücktreten.“

Inneres - Debatte über islamistische Organisationen in Deutschland

Die Abgeordneten des Bundestages haben sich am Mittwoch in einer Debatte mit islamistischen Organisationen befasst. Der Aussprache lagen zwei Anträge zugrunde, die die AfD vorgelegt hatte. In ihrem ersten Antrag fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, ein Verbotsverfahren gegen den Verein „Muslim Interaktiv“ wegen Verletzung der verfassungsmäßigen Ordnung einzuleiten und bei Vorliegen der Voraussetzungen dieses Verbot zu erlassen und umzusetzen. In ihrem zweiten Antrag fordert die Fraktion die Bundesregierung unter anderem auf, dem Bundestag ein aktuelles Lagebild zu Art und Umfang der derzeitigen verfassungs- wie sicherheitsrelevanten Tätigkeiten islamistischer Organisationen und Terrororganisationen in Deutschland vorzulegen. Dabei gehe es auch um Aktivitäten von Mitgliedern der Taliban. Weitere Verbote islamistischer und antisemitisch ausgerichteter Organisationen sollten nach Auffassung der AfD zeitnah umgesetzt werden, was neben der Auflösung des jeweiligen Vereins auch die Beschlagnahme seines Vermögens und die Schließung seiner Bildungsstätten beinhalte.



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick auf die Plenarwoche Donnerstag, 16. Mai

75 Jahre Grundgesetz: Bewährtes Fundament der Gesellschaft

Der Bundestag hat sich am Donnerstag in einer Plenardebatte mit dem Thema „75 Jahre Grundgesetz“ befasst. Grundlage waren zwei Vorlagen der CDU/CSU-Fraktion. Einen Antrag mit dem Titel „Verfassung und Patriotismus als verbindendes Band stärken – Tag des Grundgesetzes am 23. Mai als Gedenktag aufwerten“ wies das Parlament auf Grundlage einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Heimat ab. Einen weiteren Antrag der Unionsfraktion mit dem Titel „75 Jahre Grundgesetz – Unsere parlamentarische Demokratie bewahren und sicher für die Zukunft aufstellen“ überwiesen die Abgeordneten zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss.

Stephan Brandner warf den „Altparteien“ vor, den Grundrechteteil im Grundgesetz zunehmend als störend zu empfinden. Beleg dafür seien unter anderem die Corona-Einschränkungen. „Wir von der AfD halten das Grundgesetz für existenziell für diese Demokratie. Wir sind die Demokraten“, sagte er. Die anderen Parteien wollten die oppositionelle AfD vernichten, so Brandner. Geheimdienste, Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst würden auf seine Partei „gehetzt“. Dies offenbare den erbärmlichen Zustand der Demokratie in Deutschland heute. Brandner sprach sich des Weiteren für mehr direktdemokratische Elemente in der Politik aus. „Wir brauchen mehr Volksabstimmungen, eine echte Gewaltenteilung und eine freie, selbstbewusste und unabhängige Justiz“, sagte er.

Fraktionen verurteilen Gewalt gegen Ehrenamt, Politik und Einsatzkräfte

Nach Übergriffen und gewalttätigen Attacken im Europawahlkampf hat sich der Bundestag im Rahmen einer Aktuelle Stunde mit dem Thema befasst. Die Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hatten diese unter dem Titel „Bedrohung unserer Demokratie – Gewalt gegen Ehrenamt, Politik und Einsatzkräfte“ beantragt. Fraktionsübergreifend verurteilten die Abgeordneten Angriffe auf Politiker, Ehrenamtliche und Einsatzkräfte.

Für die AfD-Fraktion verurteilte Tino Chrupalla die Gewalttaten der letzten Zeit. „Die Angriffe auf Mitglieder und Sympathisanten aller Parteien haben furchtbare Ausmaße angenommen“, sagte der Fraktionsvorsitzende. Es seien die Mitglieder seiner Partei, gegen die mit Abstand die meisten Gewaltdelikte verübt worden seien, fügte Chrupalla hinzu. Der Abgeordnete verwies unter anderem auf die Corona-Pandemie und machte die Maßnahmen der Bundesregierung für die Spaltung in der Gesellschaft verantwortlich.



Rückblick auf die Plenarwoche Freitag, 17. Mai

Recht - Kontroverse über den richtigen Bürokratieabbau

Einigkeit beim Ziel, Bürokratie abzubauen, aber Uneinigkeit über das richtige Maß und den richtigen Weg hat sich gezeigt, als der Bundestag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie“ am Freitag erstmals beriet. Dieses Vierte Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV) soll Wirtschaft und Gesellschaft nach Regierungsangaben jährlich um 944 Millionen Euro entlasten. Vor einem „Bürokratie-Burnout“ der deutschen Wirtschaft warnte Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann bei der Einbringung des Gesetzentwurfs. Mehr und mehr Ressourcen würden von produktiven Tätigkeiten abgezogen. Die Bundesregierung wirke dem mit mehreren Maßnahmen entgegen, darunter das BEG IV. „Weniger Zettel, mehr Wirtschaft“ nannte Buschmann als Ziel. Stephan Brandner sagte dazu in seiner Rede: „Die Funktionäre der Kammern schimpfen immer über Bürokratisierung. Und wenn man sie fragt: „Was soll den weg?“, fällt ihnen nichts ein. Wenn man allerdings mit den fleißigen Zwangsmitgliedern der Kammern spricht, dann sieht das schon ganz anders aus. Bürokratie und nicht etwa Arbeitskräftemangel oder Energiepreise sind mit Abstand das größte Investitions- und Wirtschaftshemmnis in Deutschland.“ Brandners Fraktionskollege Enrico Komning bezeichnete „Kontrollieren, Auskundschaften, Vorschreiben, Verbieten und bei Ungehorsam Gängeln“ als „Kern heutigen Regierungshandelns“. Allein das Gebäudeenergiegesetz bedeute einen einmaligen Erfüllungsaufwand von 127 Millionen Euro für die Bürger und 12,5 Milliarden Euro für die Unternehmen.

Aktuelle Stunde - Disput über Parteispenden aus dem Umfeld einer mutmaßlichen Schleuserbande

Der Bundestag hat sich am Freitag zudem mit dem Thema „Aufklärung möglicher Zahlungen an CDU und SPD aus dem Umfeld mutmaßlicher Schleuser“ befasst. Von einem „Abgrund an Korruption“ sprach Stefan Keuter angesichts von Parteispenden an CDU und SPD durch einen der Hauptverdächtigen in der Affäre um eine mutmaßliche Schleuserbande. Bei einer von der AfD beantragten Aktuellen Stunde forderte er eine lückenlose Aufklärung – auch durch einen Untersuchungsausschuss. Laut Stefan Keuter sei der Chef der entdeckten Schleuserbande CDU-Mitglied. Er habe der Partei 52.000 Euro gespendet – jeweils in Tranchen unter 10.000 Euro, womit sie nicht anzeigepflichtig gewesen seien. Die Schleuserbande habe hunderten reichen Chinesen Aufenthaltstitel, Meldeadressen, Scheinfirmen, Scheingehaltsabrechnungen und auch deutsche Staatsbürgerschaften besorgt. „Es muss nun aufgeklärt werden, inwieweit die Spender Einfluss nehmen wollten auf CDU-geführte Kreisverwaltungen, um Aufenthaltstitel für ihre Klientel zu ergaunern“, sagte Keuter.



Meine neuen Infokarten von der Landesgruppe Thüringen

DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:



Letzte Generation verbieten!



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:



Die Auflösung einer Fraktion im Präsidium des Deutschen Bundestages widerspiegeln



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:



Keine Unterstützung von Schlepperei, Schleusungen und Menschenhandel im Mittelmeer



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:



Einfluss von Lobbyisten kontrollieren und eindämmen



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:



Deutsches Institut für Menschenrechte abwickeln



INNENPOLITIK



PROBLEM:
Die sogenannte „letzte Generation“ ist eine Gruppierung, die sich auf rechtslinke und rechte Parteien mehr einmischt als bisher. Sie fordert durch ihre Aktionen von Jahr zu Jahr die massive Beschneidung und zeigt sich zunehmend radikal. Die Sicherheitskräfte haben am 1. Januar 2022 bis 30. September 2023 insgesamt 1.196 Straftaten registriert, die dieser Gruppierung zuzurechnen sind.

HANDLUNGSBEDARF:
Die Organisation „letzte Generation“ stellt eine Bedrohung für die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland dar. Die festgestellten erheblichen Aktivitäten gemeinsamer Gruppierungen und Untergruppen der „letzte Generation“ sowie die Begründung von Straftaten durch diese Mitglieder sind zu untersuchen und zu verfolgen, um einen Verfassungsschutz zu gewährleisten und die verfassungsmäßige Ordnung zu wahren.

LÖSUNG:
Der Antrag der AfD-Fraktion (Dr. 2020/16), der Bundesrat wird Stephan Brandner erstellt, fordert die Bundesregierung auf, durch geeignete Maßnahmen die Aktivitäten der Gruppierungen dieser Organisation zu untersuchen. So soll die Bekämpfung von Straftaten des Bundesrates für Verfassungsschutz Aufgaben, welche Aufgaben der Organisation „letzte Generation“ sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten, aus dem Verantwortungsbereich der Bundesregierung herausgelöst werden.

Darüber hinaus soll geprüft werden, ob die Voraussetzungen für ein Verbot der Organisation „letzte Generation“ und ihrer Untergruppen gegeben sind. Ein solches Verbot soll im Falle des Vorliegens der Voraussetzungen erlassen und sofort umgesetzt werden.

Zum Verbot muss nach dem vorangegangenen umgehend erzwungen und gegebenenfalls ausgetrieben werden. Insbesondere sind alle Maßnahmen und verfassungsmäßigen Festnahmen und Unterbringungen der Organisation zu unterstützen.



BUNDESTAG UND GESCHAFTSORDNUNG



PROBLEM:
Die Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag hat zum 6. Dezember 2023 eine Auflösung beantragt. Die Abgeordnete Petra Pau wurde am 26. 10. 2023 aufgrund von § 2 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages gewählt, die lautet: „Die Fraktion des Deutschen Bundestages ist durch mindestens einen Vizepräsidenten oder zwei Vizepräsidenten im Präsidium vertreten.“

Durch den Beschluss zur Auflösung der Fraktion Die Linke ist die Grundlage für die Wahl der Abgeordneten Petra Pau für die Mitgliedschaft in der Fraktion der Linken bereits nur aufgrund dieser gemeinsamen Entscheidung im Deutschen Bundestag erlangt. Nach der Auflösung der Fraktion fehlt jede Rechtsgrundlage für die Funktionen der Vizepräsidenten der nunmehr Fraktionslosen Abgeordneten Pau.

LÖSUNG:
Es ist mehr als bemerkenswert, dass der AfD-Fraktion in diesem wichtigen Gremium kein größtmöglicher Mitspracherecht bei heute vorzunehmenden Wahlen, nicht sei Jahren umfassendes Zutrittsrecht und ein uneingeschränktes Gremium des Bundestages fehlt.

LÖSUNG:
Die Zusammensetzung des Präsidiums des Deutschen Bundestages muss die Interessen der Abgeordneten und Mitglieder und der Fraktionen des Bundestages berücksichtigen und mit Hilfe des von Stephan Brandner beantragten Antrags (Dr. 2023/16), dass die Abgeordnete Petra Pau aufgeführt wird, von der die Fraktion zurückgezogen wird.



INNENPOLITIK



PROBLEM:
Von 2012 bis 2016 sollen zwei Millionen Euro pro Jahr aus dem Bundeshaushalt für die Unterstützung der gemeinsamen Unternehmungen der Organisationen Sea Watch, SOS Humanity und Sea Eye zur Unterstützung der Völkerwanderung im Mittelmeer zur Verfügung gestellt werden.

LÖSUNG:
Die AfD-Bundestagsfraktion fordert mit ihrem Antrag die Unterstützung von Schleppern, Schiffen und Menschenhandel im Mittelmeer (Dr. 2023/16), dass keine finanziellen Mittel für die sogenannte „letzte Generation“ zur Verfügung gestellt werden, die die Unterstützung von Schleppern, Schiffen und Menschenhandel im Mittelmeer zur Verfügung gestellt werden, die die Unterstützung von Schleppern, Schiffen und Menschenhandel im Mittelmeer zur Verfügung gestellt werden.



INNENPOLITIK



PROBLEM:
Die Einführung des Lobbyinggesetzes hat nicht dazu beigetragen, den Einfluss und die Legitimität von Lobbyisten zu kontrollieren. Durch die zu Tage tretenden Verbindungen zwischen Lobbyisten und Bundestag sowie die Verbindungen der Bundestagsglieder zu Lobbyisten und die Verbindungen der Bundestagsglieder zu Lobbyisten sind zu untersuchen und zu verfolgen, um einen Verfassungsschutz zu gewährleisten und die verfassungsmäßige Ordnung zu wahren.

LÖSUNG:
Ein Gesetzentwurf der AfD-Bundestagsfraktion (Dr. 2020/16), der die Bundestagsglieder von Lobbyisten und die Verbindungen der Bundestagsglieder zu Lobbyisten untersuchen soll, ist zu unterstützen. Ein solches Verbot soll im Falle des Vorliegens der Voraussetzungen erlassen und sofort umgesetzt werden.

LÖSUNG:
Ein Gesetzentwurf der AfD-Fraktion (Dr. 2023/16), der die Bundestagsglieder von Lobbyisten und die Verbindungen der Bundestagsglieder zu Lobbyisten untersuchen soll, ist zu unterstützen. Ein solches Verbot soll im Falle des Vorliegens der Voraussetzungen erlassen und sofort umgesetzt werden.



BUNDESTAG UND GESCHAFTSORDNUNG



PROBLEM:
Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIME) wurde am 8. März 2022 auf der Grundlage eines einstimmigen Bundesratsbeschlusses als unabhängiges nationales Menschenrechtsinstitut (DIME) in der Bundesrepublik Deutschland gegründet. Das DIME hat sich als unabhängiges nationales Menschenrechtsinstitut (DIME) in der Bundesrepublik Deutschland gegründet. Das DIME hat sich als unabhängiges nationales Menschenrechtsinstitut (DIME) in der Bundesrepublik Deutschland gegründet.

LÖSUNG:
Ein Gesetzentwurf der AfD-Fraktion (Dr. 2023/16), der die Bundestagsglieder von Lobbyisten und die Verbindungen der Bundestagsglieder zu Lobbyisten untersuchen soll, ist zu unterstützen. Ein solches Verbot soll im Falle des Vorliegens der Voraussetzungen erlassen und sofort umgesetzt werden.

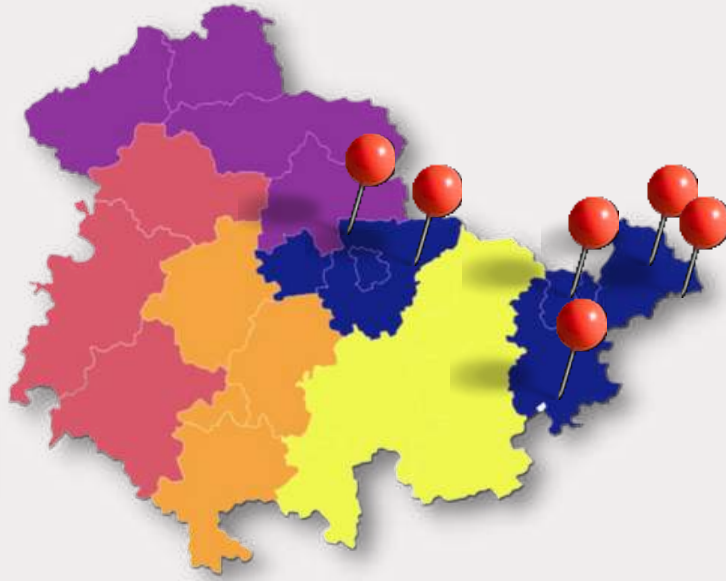


Wir stehen an Ihrer Seite

Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
E-Post: kontakt@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Di bis Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: goessnitz@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do und Fr: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Altenburg
Kesselgasse 25
04600 Altenburg
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: altenburg@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo und Mi: 10-17 Uhr



Wahlkreisbüro Zeulenroda
Schleizer Straße 8
07937 Zeulenroda-Triebes
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
E-Post: zeulenroda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo und Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Sömmerda
Weißenseer Straße 8
99610 Sömmerda
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888
E-Post: soemmerda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda
Ritterstraße 4
99510 Apolda
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468
E-Post: apolda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do: 10-14 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.twitter.com/stbrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd
-  <https://whatsapp.com/channel/0029Va8SDPbGehEUippEJx1r>

Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK
Sparkasse Jena Saale-Holzland
IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75
BIC: HELADEFIJEN
Verwendungszweck: Stephan Brandner



Sie haben Fragen an mich?

Schnell über www.abgeordnetenwatch.de stellen und auch andere davon profitieren lassen!

www.stephan-brandner.de

Alternative
Deutschland

